# STELLUNGNAHME

KOOPERATIONSVERBUND JUGEND SOZIAL ARBEIT

## Psychische Gesundheit junger Menschen stärken – den Ankündigungen müssen Taten folgen

Vor einem Jahr haben wir anlässlich des Tages der psychischen Gesundheit 2025 die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD zur Verbesserung der psychischen Gesundheit junger Menschen ausgewertet. Was ist seitdem geschehen? Wie steht es mit der Umsetzung? – Das Ergebnis fällt ernüchternd aus.

Die Bundesregierung kündigte die Entwicklung einer Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ an. Schwerpunkte sollten Prävention und Frühkennung sein, insbesondere durch Aufklärung und niedrigschwellige Beratung von Eltern sowie durch Fortbildungen für Pädagog:innen und Fachkräfte. Zudem sollten Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit besser verzahnt werden. Bereits innerhalb dieses Jahres sollten erste Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, wie auch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im April 2026 bekräftigt wurde. Bis heute ist jedoch außer Fachgesprächen in der Kinderkommission und im Familienausschuss und dem Hinweis, dass an der Strategie gearbeitet werde, wenig bekannt. Der Prozess bleibt intransparent: Weder liegen eine konkrete Zeitschiene noch veröffentlichte Maßnahmenschritte oder überprüfbare Ziele vor.

Das Programm „Mental Health Coaches“, ein wissenschaftlich evaluiertes und nachweislich wirksames Präventionsangebot, wurde hingegen eingestellt, statt es von einem Pilotprojekt in ein verstetigtes flächendeckendes Angebot zu überführen. Gefördert wird dagegen das Peer-to-Peer-Programm „SOS Mental Health Peers“, das zwar begrüßenswert ist, ersteres aber nicht ersetzt. Das Startchancenprogramm wurde weiter ausgebaut und Schulen können Chancenbudgets für Maßnahmen der Gesundheitsförderung und mentalen Gesundheit sowie für mehr Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams einsetzen. Bei allen drei Programmen werden allerdings nur Schüler:innen an bestimmten Standorten erreicht, eine bundesweite Versorgung, die auch Schulabstinente und Schulabgänger:innen erreicht, ist dadurch nicht gegeben.

Ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehen ist die Einführung einer eigenständigen Bedarfsplanung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut:innen, um Wartezeiten zu verringern und die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern. Abgesehen von einer kürzlichen Bekräftigung, diesen Plan zeitnah angehen zu wollen, wurden dazu keine Daten genannt. Statt Verbesserungen drohten mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz zunächst sogar Verschlechterungen. Durch das Sparpaket und die vorgesehene Budgetierung psychotherapeutischer Leistungen wird eine weitere Verschärfung des bereits bestehenden Mangels an Therapieplätzen befürchtet. Nach massiven Protesten von Psychotherapeut:innen- und anderen

Fachverbänden sieht ein aktueller Änderungsantrag inzwischen Ausnahmen für die Kinder- und Jugendpsychotherapie sowie Akutbehandlungen vor. Damit konnten die drohenden Auswirkungen auf junge Menschen zumindest teilweise abgewendet werden, ein Abbau der Gesamtversorgung wird sich vermutlich dennoch negativ auswirken. Auch die Umsetzung der in Aussicht gestellten Bundesförderung von Childhood-Häusern – ambulanten Anlaufstellen mit multiprofessionellen Teams für Kinder und Jugendliche, die sexualisierte oder körperliche Gewalt erfahren haben – bleibt bislang unklar.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Einsamkeitsstrategie sowie Angebote der niedrigschwelligen Onlineberatung, wie dem Krisenchat, fortgeführt werden und dass das Verfahren für ein Suizidpräventionsgesetz wieder aufgenommen wurde. Auch im Bereich Kinderschutz gibt es Fortschritte: Mit dem UBSKM-Gesetz wurden dauerhafte Strukturen zum Schutz vor sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen geschaffen. Zudem hat die Bundesregierung eine Expert:innenkommission zum Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt eingesetzt, die inzwischen konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt hat. Diese wichtigen Maßnahmen ersetzen jedoch keine umfassende Strategie zur Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen.

Insgesamt zeigt sich damit ein widersprüchliches Bild: Während die psychische Gesundheit junger Menschen im Koalitionsvertrag als prioritäres Handlungsfeld benannt wurde, fehlt bei zentralen Vorhaben bislang eine sichtbare Umsetzung. Gleichzeitig werden erfolgreiche Präventionsangebote eingestellt und bei der gesundheitlichen Versorgung drohen Verschlechterungen. Trotz einzelner Fortschritte in angrenzenden Politikfeldern ist von der angekündigten umfassenden Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen bislang nur wenig zu erkennen.

Psychische Gesundheit ist nicht allein eine Frage individueller Resilienz. Armut, Benachteiligung, Einsamkeit und unsichere Bildungs- und Berufsübergänge können diese beeinträchtigen. Das Deutsche Schulbarometer 2025/26 zeigt bei rund einem Viertel der befragten Schüler:innen auffällige oder grenzwertige Werte zur psychischen Belastung; besonders häufig betroffen sind junge Menschen aus einkommensarmen Familien. Prävention muss deshalb auch soziale Lebensbedingungen in den Blick nehmen. Die Jugendsozialarbeit leistet hier einen unverzichtbaren Beitrag bei der Stabilisierung, Alltagsbewältigung und Perspektivenbildung junger Menschen mit multiplen Problemlagen und braucht dafür eine konstante und auskömmliche Finanzierung.

Wir fordern eine verbindliche Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ mit Zeitplan, überprüfbaren Zielen, gesicherter Finanzierung und Beteiligung junger Menschen. Prävention muss schulisch wie außerschulisch dauerhaft abgesichert, die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Bildung und Gesundheit gestärkt und eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung gewährleistet werden. Ankündigungen müssen endlich im Alltag junger Menschen ankommen!

Berlin, den 12.10.2026
Fachliche Ansprechpartnerin: Felicia Haidl (BAG ÖRT), haidl@bag-oert.de